

desto wichtiger und allgemeiner muß auch das zu schützende Gut oder das zu vermeidende Unheil sein. Es gibt jedoch Fälle, in denen die Idee des Ausgleichs durch die Erlangung der höheren Güter oder der Abwendung der größeren Übel keine Anwendung findet, so bei der Todesstrafe. Insbesondere kann der katholische Richter nur bei Gründen von sehr großer Bedeutung das

Urteil einer zivilen Ehescheidung (wo diese gültig ist) für eine vor Gott und der Kirche gültig geschlossene Ehe aussprechen. Er darf nicht vergessen, daß ein solches Urteil praktisch nicht nur die bürgerlichen Belange berührt, sondern in Wirklichkeit dazu führt, irrtümlicherweise das tatsächliche Band als zerrissen und das neue als gültig und verpflichtend anzusehen.“

Die Kirche in den Ländern

Die tschechoslowakischen Kirchengesetze

Am 14. Oktober wurden im Prager Parlament die beiden Gesetze verabschiedet, die nach den Äußerungen der tschechoslowakischen Regierung das Verhältnis zwischen volksdemokratischem Staat und kirchlicher Gemeinschaft endgültig regeln sollen. Das eine der beiden Gesetze betrifft die rechtliche und insbesondere die besoldungsrechtliche Stellung der Geistlichen. Wir haben es in der Fassung des Entwurfs in Heft 2, S. 89 dieses Jahrgangs wörtlich mitgeteilt. Das andere Gesetz überträgt die Wahrnehmung der staatlichen Befugnisse gegenüber den Religionsgemeinschaften, die ursprünglich dem Erziehungsministerium zugewiesen werden sollte, einer eigenen Zentralbehörde, die wegen des Umfangs ihrer Aufgaben mit einem regionalen Verwaltungsunterbau ausgestattet wird. Beide Gesetze sind am 1. November in Kraft getreten. Sie gelten für alle anerkannten religiösen Gemeinschaften. Es zeigt sich aber schon jetzt, daß sie nicht allen gegenüber in der gleichen Weise angewendet werden sollen. Aus einem Ausführungserlaß vom 3. November ergibt sich, daß die Regierung die Besetzung der Stellen in der katholischen Kirche selbst vornehmen will, während sie in den übrigen Konfessionen dieses Recht den kirchlichen Behörden zu überlassen gedenkt.

Die staatliche Auffassung

Die Auffassung des Staates über die Lage, die durch die Gesetze geschaffen wird, kam in einer Rede des Präsidenten Gottwald gelegentlich des Unabhängigkeitstages am 30. Oktober zum Ausdruck. Er sagte: „Das wichtigste innerpolitische Problem war das der Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Es wurde gelöst, indem die Nationalversammlung die Kirchengesetze beschloß. Diese Gesetze verscheuchten alle Befürchtungen der Volkskreise, die da glaubten, die Volksdemokratien nähmen gegenüber der Kirche und Religion eine feindliche Haltung ein. Wir werden aber niemandem gestatten, weder im Inland noch im Ausland, die Religion zur Tarnung einer feindseligen Tätigkeit gegenüber unserer Republik zu mißbrauchen.“ Um den Eindruck der definitiven Erledigung des Problems zu unterstreichen, den die Regierung den Gesetzen zu geben wünscht, amnestierte Gottwald 127 Priester aus der weit größeren Menge derjenigen, die in den Wochen zuvor unter verschiedenen

Begründungen, besonders aber wegen ihrer Agitation gegen die Kirchengesetze, verhaftet worden waren. Für die Regierung ist also nun das letzte Wort gesprochen. Sie hat in Ausführung der Gesetze die Geistlichen aufgefordert, den vorgesehenen Treueid abzulegen und zugleich bekanntgegeben, daß sie bei der Eidesleistung keinerlei Vorbehalt zu dulden gedenkt.

Die Entscheidung der Bischöfe

Die tschechoslowakischen Bischöfe haben ihrerseits die Existenz der Gesetze zur Kenntnis genommen. Sie standen vor einer Entscheidung zwischen drei Möglichkeiten: die Gesetze zu ignorieren, sie als widerrechtlich zu verurteilen und jede Mitwirkung bei ihrem Vollzug zu verbieten oder endlich diese Mitwirkung zu dulden, d. h. den dadurch betroffenen Priestern den Treueid und die Annahme der Gehälter zu gestatten. Die Bischöfe haben sich auf einer Konferenz am 20. Oktober für die letzte dieser drei Möglichkeiten entschieden. Ihre Entscheidung haben sie in einer Denkschrift an die Regierung und in einer Instruktion an den Klerus bekanntgegeben und z. T. begründet. Der Inhalt ihrer Stellungnahme läßt sich in folgenden Sätzen zusammenfassen:

1. Die katholische Kirche steht heute de facto außerhalb jeden staatlichen Rechtes; ihr Wirken ist durch keine staatskirchliche Vereinbarung mehr gesichert.
2. Diese Tatsache steht nicht nur mit der Verfassung der Kirche, sondern auch mit der Staatsverfassung selbst im Widerspruch.
3. Das neue „Amt für Kirchenfragen“ kann von der Kirche nicht anerkannt werden, da es deren Rechte grundsätzlich verletzt.
4. Das gegenwärtige Regime rühmt sich zwar, „alte feudale Überreste“ aus dem Volksleben auszurotten, begründet aber ein förmliches Kollektivpatronat über die ganze Kirche und stellt damit längst überwundene staatskirchliche Verhältnisse, die von der Kirche niemals anerkannt werden können, wieder her.
5. In dieser der Kirche aufgezwungenen Situation fällt alle Verantwortung für die zukünftigen „unübersehbaren Folgen“ auf die Regierung.
6. Die Bischöfe lehnen die neuen Grundsätze ab und wissen, daß alle Priester mit ihnen solidarisch sind.
7. Ohne die grundsätzliche Haltung zum Gesetz zu ändern, ist es den Priestern erlaubt, das höhere Gehalt anzunehmen, falls sie vor ihrem Bischof schriftlich erklären, keine Verpflichtungen einzugehen, die gegen ihr Ge-

wissen gerichtet sind. Die Bischöfe selbst werden das Gehalt nicht annehmen.

8. Den Priestern wird gestattet, den Treueid zur Republik abzulegen. Da die Formel jedoch unklar ist, wird die Klausel beigefügt: Falls dies nicht im Widerspruch zu den Menschenrechten steht.

9. Der Episkopat unterrichtet die Regierung nicht über seine Anweisungen an den Klerus. Dagegen wird erneut gegen die ungerechten Gesetze protestiert.

10. Die Bischöfe fordern ausdrücklich die Revision der letzten zwei gegen die Kirche gerichteten Gesetze und den Erlaß neuer Normen betr. die Kulturausbung, damit die katholische Kirche wieder eine feste gesetzliche Grundlage erhalte und ihre innerkirchlichen Angelegenheiten autonom gesichert ordnen könne.

In der Instruktion an den Klerus heißt es:

„1. Gemäß § 20 der Regierungsanordnung wird Euch ein Treueid auf die tschechoslowakische Republik mit dem folgenden Wortlaut vorgelegt: ‚Ich verspreche vor Gott, daß ich der tschechoslowakischen Republik und ihrer volksdemokratischen Ordnung treu sein werde und daß ich nichts unternehmen werde, das gegen ihre Interessen, ihre Sicherheit und ihre Integrität sein würde. Als Bürger der volksdemokratischen Republik werde ich gewissenhaft meine Pflichten erfüllen, die sich aus meiner Stellung ergeben, und ich werde versuchen, gemäß meinem Vermögen die konstruktiven Anstrengungen, die zum Wohl des tschechischen und slowakischen Volkes unternommen werden, zu unterstützen.‘

Das Versprechen muß vor Gott abgelegt werden, und folglich muß das, was Ihr versprecht und was der Staat von Euch verlangt, vereinbar sein mit den unveräußerlichen Rechten, die direkt in Gott ihren Ursprung haben, von deren Grundsätzen — wie sie in den zehn Geboten ausgedrückt sind — jedes gültige Gesetz abhängen muß. Deshalb diktiert uns unser Gewissen, zu dieser Eidesformel folgende mündliche oder schriftliche Einschränkung hinzuzufügen: ‚Vorausgesetzt, daß dies nicht im Gegensatz steht zu den natürlichen Rechten des Menschen.‘

2. Was die neuen Gehälter angeht, so proklamieren wir: Die Bischöfe und Ordinarien werden nicht die neu festgesetzten Gehälter annehmen, die auch für sie vorgesehen sind; denn diese Gehälter und die mit ihnen verbundenen Fragen sowie die Errichtung eines neuen Staatsministeriums für kirchliche Angelegenheiten — zweifellos eine Sache von weitreichender Bedeutung heute — wurden nicht mit uns besprochen, wie es eine klare vorherige Notwendigkeit gewesen wäre.

Wir rechnen auf die Hilfe der Vorsehung Gottes, in dessen Dienst wir uns völlig gestellt haben.

Ihr jedoch werdet nicht gegen Euer Gewissen und gegen Eure priesterliche Ehre handeln, die Ihr unmißverständlich in dieser Sache bewiesen habt, wenn Ihr die neu festgesetzten Gehälter annimmt.

Einerseits ist es nötig, Euch zu schützen vor den möglichen unerfreulichen Konsequenzen und Euch für die Seelsorge der Gläubigen zu erhalten. Andererseits ist es notwendig, in Rechnung zu ziehen, daß Euer Gehalt eine wohlverdiente Belohnung ist für Eure aufopferungsvolle Arbeit zum Wohle des Volkes.

Der Staat beabsichtigt, Euch zu entlohnen für 8 bis 10 Stunden Schulunterricht und als Ausgleich für solche Zahlungen, die in Fortfall gekommen sind. Schließlich

muß daran erinnert werden, daß der Lohn, besonders im Falle von Junggesellen, die Steuern steigert.

Dennoch gebt Euren Ordinarien folgende Erklärung: ‚Ich erkläre, daß ich das neu festgesetzte Gehalt angenommen habe, weil es eine Anordnung ist, die gesetzliche Gültigkeit erlangt hat. Durch die Annahme dieses Gehalts jedoch nehme ich keinerlei Verpflichtung auf mich, die im Widerspruch stehen könnte zu meinem priesterlichen Gewissen und zu den Gesetzen der Kirche. Ich erkläre wiederum, daß die geistlichen Interessen der Kirche und die ungestörte Freiheit meiner priesterlichen Arbeit mir vorgehen gegenüber der materiellen Sicherheit meiner Existenz.‘

3. Falls wir dazu aufgefordert werden, sind wir bereit, unsere Vertreter in den Kirchenausschuß zu senden, der mit den regionalen Nationalausschüssen gebildet wird, wie wir früher unsere Mitglieder in den Landesschulrat in Böhmen und Mähren entsandten.

Sollte jemand die Mitgliedschaft in diesem Ausschuß ohne unsere Genehmigung annehmen, so wird er hierfür belangt. Es würde notwendig sein, gemäß dem kanonischen Recht gegen jene vorzugehen, die sich als ungehorsam erweisen.

Zusammenfassend wünschen wir Euch zu danken für Eure unverbrüchliche Treue zur Kirche, wie Ihr sie bis heute bewiesen habt, und wir beauftragen Euch, aufmerksam zu sein hinsichtlich der Tatsache, daß es notwendig ist, auch in Zukunft absolute Einheit zu bewahren und fest an den Beistand Gottes zu glauben.

In der letzten Zeit habt Ihr in der Verteidigung der Rechte der Kirche viel gelitten. Viele Eurer besten Brüder schmachten im Gefängnis. Wir haben väterliches Mitgefühl für ihre Leiden und beten für sie, und wir ersuchen Euch, ihrer in Euren priesterlichen Gebeten zu gedenken, ebenso durch orationes pro incarceratis (Gebete für die Eingekerkerten).

Euer Mut, Euer standfester Charakter und Eure Unbestechlichkeit sind eine Garantie für Gott, für das Volk und für uns, daß Ihr mit der Hilfe Gottes auch in Zukunft Eurer priesterlichen Sendung, der Wohlfahrt des Volkes und unseres Vaterlandes treu bleibt.

Wir sind dauernd mit Euch verbunden in unseren Gebeten und wir segnen Euch und Eure Arbeit im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes. Amen.“

Die beiden Dokumente sind unterzeichnet von allen Bischöfen des Landes mit Ausnahme des Erzbischofs von Prag und des slowakischen Bischofs Vojtasak, der erkrankt ist.

Die Bischöfe vor der Entscheidung

Zum Verständnis der Dokumente, die wir soeben angeführt haben, ist es notwendig, darauf aufmerksam zu machen, daß die Bischöfe vor der Verabschiedung der Gesetze keine Beschlüsse gefaßt hatten, durch die sie sich in einer anderen oder gar entgegengesetzten Richtung festgelegt hätten. Ein Teil der deutschsprachigen Presse berichtete nämlich, die Bischöfe hätten auf einer Konferenz am 11. Oktober eine Weisung an den Klerus erlassen, in der die Aufforderung enthalten war, sich den Forderungen der Gesetze nicht zu beugen. Diese Nachricht beruhte auf einem Irrtum. Die Erklärung vom 11. Oktober ging nicht von einer Konferenz der Bi-

schöfe, sondern von einer Versammlung von Vertretern des tschechoslowakischen Klerus aus. Die Vertreter des Klerus hatten damals ihre Mitbrüder aufgefordert, sich in ihrer Entscheidung nicht von der Aussicht auf irdische Vorteile leiten zu lassen. Im Ausland hat man daraus eine Aufforderung zu heroischem Widerstand gemacht. In Wirklichkeit aber ließen die Beschlüsse jener Tagung die konkrete Entscheidung offen, d. h. sie überließen sie den Bischöfen. Es wäre auch verfrüht gewesen, vor der endgültigen Annahme der Gesetze Beschlüsse zu fassen, die sich auf ihre Ausführung bezogen. Dagegen war es notwendig, den Bischöfen von seiten des Klerus die volle Freiheit der Entscheidung zu sichern und zum Ausdruck zu bringen, daß der Klerus keinen egoistischen Druck ausüben wolle, daß er vielmehr stark genug sei, um des Gewissens willen auf einen materiellen Vorteil zu verzichten, wenn dieser ein Judaslohn sein sollte. Diese Erklärung macht dem tschechoslowakischen Klerus alle Ehre. Aber es war eine Mystifikation, sie den Bischöfen zu unterstellen und dann von einer „Änderung ihrer Haltung“ zu sprechen. Soviel allerdings ist richtig, daß gerade dieses Treuebekenntnis des Klerus ein Beweis dafür ist, daß die Bischöfe ihre Entscheidung über die Gesetze in voller Handlungsfreiheit gefällt haben und daß sie bei dieser Entscheidung nicht von der Furcht vor einem Massenabfall ihrer Geistlichen geleitet waren.

Der Sinn der Entscheidung des Episkopates

Wer die Entscheidung der Bischöfe als einen Kompromiß aus innerer Schwäche zu deuten geneigt ist und sich für seine Deutung auf die Proklamation vom 11. Oktober beruft, hat also für seine Ansicht keinen Anhalt an den Tatsachen. Wir halten es auch nicht für einen richtigen Ausdruck in der Würdigung der bischöflichen Entscheidung, wenn ein Teil der deutschen Presseorgane sich der Formulierung bedient, die Bischöfe hätten „beschlossen, das am 1. November in Kraft getretene neue Kirchengesetz unter gewissen Vorbehalten anzunehmen“. Tatsächlich haben die Bischöfe mit aller wünschenswerten Klarheit das Gesetz abgelehnt. Sie haben lediglich dem Klerus, nicht sich selbst, gestattet, bei der Ausführung des Gesetzes mitzuwirken. Das ist der Sache nach etwas anderes. Wie der Papst gerade jetzt in seiner Rede an die italienischen Juristen gesagt hat (vgl. dieses Heft Seite 116), ist nach den Grundsätzen der katholischen Moraltheologie eine solche Mitwirkung gestattet, ja unter Umständen sogar pflichtgemäß, wenn entsprechend schwerwiegende Gründe dafür gegeben sind und die Identifizierung mit den Absichten des Gesetzgebers deutlich vermieden wird. Durch die Art und Weise der Mitwirkung muß der Anschein einer „Annahme“ des Gesetzes vermieden werden. Zweifellos konnte das nicht deutlicher geschehen als dadurch, daß die Bischöfe dem Klerus auferlegten, dem Treueid einen Vorbehalt hinzuzufügen.

Von dieser Auflage wird man ausgehen müssen, wenn man den Sinn der bischöflichen Entscheidung verstehen will. Wie wir bereits mitteilten, ist die Regierung nicht gesonnen, den Eidesvorbehalt zu dulden. Es ist kaum anzunehmen, daß die Bischöfe diesen Entschluß der Regierung nicht sollten vorausgesehen haben. Sie werden außerdem vorausgesehen haben, daß es noch nicht entschieden ist, ob die Regierung in der Lage sein

wird, an ihrem Entschluß festzuhalten, wenn der Klerus einmütig die bischöflichen Weisungen befolgt. Kann der Klerus den Eidesvorbehalt durchsetzen, hat die Kirche nichts preisgegeben; kann er es nicht, dann ist die Verantwortung für alles weitere eindeutig festgelegt. Die Bischöfe haben die Tatsache des Gesetzes anerkannt, sie haben dagegen seine Legalität bestritten. Aus der Anerkennung, daß das Gesetz eine Tatsache ist, haben sie die Folgerung gezogen, daß schwerwiegende Gründe vorhanden sind, die eine gewisse Mitwirkung des Klerus notwendig machen. Wir kennen diese Gründe im einzelnen nicht, können aber einen der schwerwiegendsten dieser Gründe mit Sicherheit beim Namen nennen. Er lag darin, daß die Kirche gemäß ihrer Tradition ihre Pflicht respektiert, mit der weltlichen Gewalt so lange zusammenzuwirken, als es ihr nicht direkt unmöglich gemacht wird. Sie tut dies sowohl aus Achtung gegen das göttliche Gebot des bürgerlichen Gehorsams als auch deshalb, weil sie weiß, daß wir vermessen sind, wenn wir zum Martyrium die Initiative ergreifen. Sollte die tschechische Regierung dies nunmehr von sich aus tun, werden die tschechischen Bischöfe beweisen, daß sie auch diejenigen Entscheidungen zu treffen wissen, die dann geboten sein werden.

Das Rätsel Spanien

Spanien, das, durch ein unübersteigliches Gebirge vom Rumpf Europas getrennt, im äußersten Südwesten des Kontinents ein eigenes Leben führt, das seit Beginn der geschichtlichen Zeit in vieler Hinsicht verschieden war von dem des übrigen Abendlandes, ist schon immer seiner Wesensart nach nicht leicht zu verstehen gewesen. Seit dem spanischen Bürgerkrieg, dem Sieg der Franco-Regierung und der Errichtung eines katholisch-faschistischen Staates, ist es jedoch noch viel schwieriger geworden, sich ein zutreffendes Bild dieses Landes zu machen, das mehr denn je außerhalb Europas zu leben scheint. Für den nichtkatholischen Abendländer ist Spanien ein faschistisches Land, in dem die Kirche sich dazu hergibt, mit dem Staat zusammen die demokratische Freiheit zu unterdrücken. Für einen Teil der Katholiken ist es das einzige Land, in dem der katholische Glaube Politik und tägliches Leben beherrscht, und sie sind daher geneigt, alles Befremdliche zu entschuldigen. Wo kann man die Wahrheit finden, wo eine objektive Berichterstattung erwarten?

Wir haben in der Herder-Korrespondenz von den Auseinandersetzungen berichtet, die sich im vorigen Jahr auf der Tagung der „Internationalen Unterhaltungen von San Sebastian“ über die Probleme des christlichen Staates erhoben haben (3. Jg., H. 9, S. 418). Mit dem Problem des christlichen Staates eng verbunden ist das der Toleranz, das im Urteil über Spanien eine Rolle gespielt hat anlässlich der Vorgänge um den spanischen Protestantismus (2. Jg., H. 12, S. 552). Wir haben auch berichtet über die sozialen Bemühungen einiger spanischer Bischöfe und der spanischen Katholischen Aktion (2. Jg., H. 11, S. 481, und 3. Jg., H. 7, S. 307). Aber alles das vermittelt uns keineswegs ein Bild des spanischen Lebens, das uns irgendwie verlässlich und allgemeingültig erscheinen könnte.

Nun hat kürzlich die französische protestantische Wochenzeitung „Réforme“ zwei Folioseiten Berichten aus Spanien gewidmet. Sie sind von drei Sonderberichterstellern geschrieben, die im Auftrag dieser protestantischen Zeitung das Land, den Klerus und den Staat Spanien selber kennen lernen sollten.

Die drei Berichtersteller haben ihre Aufgabe mit einer ungewöhnlichen Objektivität erfüllt. „Réforme“, die sich seinerzeit leidenschaftlich auf die Seite der in Spanien bedrängten Protestanten gestellt hatte, ist gewiß eine denkbar unvoreingenommene Quelle, wenn es sich darum handelt, Positives über Kirche und Staat in Spanien auszusagen.

Das Land

Aus dem ersten der drei Berichte, der im Grunde nur ein Stimmungsbild der durchreisten Städte und Landschaften gibt, halten wir nur fest, daß auch diese Berichtersteller die Fremdheit des Landes und mehr noch der Menschen sehr stark empfunden haben. „Der dominierende Eindruck: dieses Land ist verschlossen, vollkommen auf sich selbst zurückgewandt in seinem Stolz, seinen Vorurteilen, seiner Größe. Es schweigt, seine Seele weigert sich, sich der Welt zu öffnen.“ „Wir können es nicht verstehen, und niemand kann in das Herz seines eigentlichen Wesens eindringen, wenn wir nicht ganz und gar seine Partei ergreifen, ohne Rückhalt. Man kann Spanien nicht besuchen: man nimmt es an, oder man lehnt es ab.“

Und zu diesen Dingen, die man nur annehmen oder ablehnen kann mit dem ganzen übrigen Spanien zugleich, gehört auch der Kontrast zwischen unsagbarer Armut der Menschen und strotzendem Gold der Kirchenschätze. Denn es ist das Volk selber, das es so will.

Die spanische Geistlichkeit

Besonders interessant ist natürlich der Bericht, den „Réforme“ über den spanischen Klerus veröffentlicht hat. Er beginnt damit, festzustellen, daß der spanische Katholizismus auch für den französischen Katholiken befremdlich ist in seinem Überschwang. Aber er ist die Folge eines Temperamentes, das auf das Absolute gerichtet ist und für das keine äußere Form dem Verstand zu sehr widersprechen könnte, wenn er hofft, dadurch das Absolute zu finden. Der Hang zum Extrem hat sich im Bürgerkrieg auf beiden Seiten gezeigt; der Kommunismus war ebenso mit religiösen Affekten geladen wie der Katholizismus.

Die Glut dieses religiösen Empfindens drängt den Spanier zu merkwürdigen äußeren Formen. Die Kostbarkeit der Votivgaben an die Heiligen, besonders an die Jungfrau Maria, ist noch die normalste von diesen. Um die Mutter Gottes zu ehren, ist sie in Spanien z. B. auch zum Generalanführer der Armee ernannt worden. Der Priester wird überall geehrt; man küßt ihm die Hand und das Gewand und hört seinen Reden ernsthaft zu. Diese Ehrerbietung gilt allerdings tatsächlich dem Amt, das der Priester bekleidet. Wird das Amt von einem Unwürdigen ausgefüllt, so wird er persönlich scharf verurteilt, und, so sagt der Bericht der „Réforme“, „es ist nicht übertrieben, zu behaupten, daß der spanische Klerus, insofern er zu sehr in der Welt verwurzelt ist, vom Volk verurteilt wird“.

Ist dieser Vorwurf der Verflochtenheit in die Dinge dieser Welt berechtigt? Der Berichtersteller von „Réforme“ meint, der Priester spiele in gewissem Sinne noch eine ganz heidnische Rolle für das spanische Volk: er muß für die Taten des Kriegers und für den König die Orakel verkünden und den Segen herabrufen. Und wenn er seinen Einfluß behalten will, muß er diese Taten auch hinterher rechtfertigen. Nach Beendigung des Bürgerkrieges war es begreiflich, daß die spanische Kirche sich dem Régime Francos in die Arme warf, aber es war nicht geschickt. Franco hat sie so mit Ehren und Privilegien überschüttet, daß er nun glauben kann, sie sich verpflichtet zu haben. Anlässlich des Referendums im Jahr 1947 weigerten sich nur 12 Bischöfe von 70, den Hirtenbrief zu schreiben, den sie zugunsten des Staatschefs zu schreiben aufgefordert worden waren. Die 58 anderen verkündeten ihren Diözesanen, es sei unter schwerer Sünde Pflicht, ihre Stimme demjenigen zu geben, der das Land vor dem Kommunismus gerettet habe.

Doch unter den Bischöfen, die sich nicht einfach vom Staat befehlen lassen, sind nun drei von hervorragend unabhängigem Geist, die auch die Handlungen der Regierung öffentlich diskutieren; diese sind: Msgr. Herrera in Malaga, Kardinal Segura in Sevilla und Msgr. Quiroga in Santiago de Compostela.

So ist nun zwar die allgemeine Lage so, daß ein sehr großer Teil der Kirche reaktionär gesinnt ist. Dieser begnügt sich zu leicht mit einem rein formellen Katholizismus, wenn er nur überall verbreitet ist, ohne sich darum zu sorgen, wie tief er die Wirklichkeit beeinflusst. Dieser Teil der Kirche verläßt sich gegenüber der sozialen Ungerechtigkeit auf den Staat und glaubt, dieser habe für die Arbeiter und die übrige arme Bevölkerung genug getan. Er beachtet dabei nicht, daß diese soziale Fürsorge durch eine Beschränkung der Freiheit erkauft ist und daß das tägliche Brot dazu benutzt werden kann, die Bevölkerung zu einer der Regierung freundlichen Haltung zu pressen.

Die große Ausnahme ist der (den Lesern der Herder-Korrespondenz nicht unbekannt) Msgr. Herrera, von dem die reformierte Wochenschrift mit größter Hochachtung spricht. Die gesamte Führung der Katholischen Aktion liegt in Händen von Leuten, die Msgr. Herrera herangeholt hat, und man sagt, er habe noch andere, wahrhaft christlich-demokratische Leute im Hintergrund, die das Werk fortsetzen könnten im Falle eines Regierungswechsels. Eine seiner glücklichsten Unternehmungen ist die Gründung der Sozialschule für Priester in seiner Diözese.

Die Katholische Aktion in Spanien, deren Leiter heute Martin Sanchez ist, hält sich gegenüber der Regierung bemerkenswert unabhängig. Sie arbeitet vor allem in Arbeiterkreisen und beschäftigt sich mit dem sozialen Problem ganz losgelöst von aller Politik. Vom Gros des Klerus sind die jungen Laien, die diese Bewegung führen, allerdings abgeschnitten. Dafür aber haben sie das Wesentliche erfaßt, und sie gehen so weit, den Führern der spanischen Kirche wegen ihrer zu großen politischen Bindungen Vorstellungen zu machen.

Diese Katholische Aktion in Spanien wird, das unterstreicht „Réforme“, vom Heiligen Stuhl aufs tatkräftigste unterstützt. „Genug Tatsachen haben längst verurteilt“, heißt es in dem Bericht, „mit welchem Miß-

trauen Pius XII. das politische Abenteuer betrachtet, in das sich die Kirche Spaniens eingelassen hat, mit welchem Vorbehalt er die Taten Francos betrachtet, und man kann wirklich nicht sagen, daß er für diesen Partei ergriffen habe, als er letzten Dezember von ‚dieser Nation, die sich rühmt, die treue Tochter der Kirche zu sein und zu scheinen‘, sprach.“

So faßt der Bericht der „Réforme“ sein Urteil in folgende Feststellung zusammen: Die weitschauendsten der spanischen Kirchenmänner haben längst begriffen, wie teuer es der Kirche zu stehen kommen kann, daß sie sich in die enge Bindung mit dieser Regierung eingelassen hat. Doch die Führer der Katholischen Aktion sorgen dafür, daß echtes und lebendiges Christentum in Spanien ans Werk geht.

Der Staat

Auch dem Staat Francos sucht der Bericht der „Réforme“ gerecht zu werden, vor allem durch die Feststellung, daß eine Reihe der Schwierigkeiten, die Franco zu bewältigen hatte, jede spanische Regierung nach Beendigung des Bürgerkrieges vorgefunden haben würde. Es werden dann vor allem die Maßnahmen aufgezählt, die eine erhebliche Besserung des Lebens der Arbeiterschaft mit sich gebracht haben: Mindestlohn, Arbeitslosenunterstützung, Teuerungszulage, Familienzulage, Teilnahme am Gewinn, Weihnachtsgratifikation, Sozialversicherungen aller Art.

Das Gewerkschaftswesen umfaßt das ganze Arbeitsleben unter der Schutzherrschaft des Staates. Die Gewerkschaften sind in den Cortés folgendermaßen vertreten: 23 Arbeiter, 23 Techniker, 23 Beamte, 23 Gewerkschaftssekretäre. Diese Organisation hat unleugbare Fortschritte für die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft gebracht. In allen Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern steht übrigens der Staat auf seiten der Arbeiter. Seit 1942 ist ein großes Wohnbauprogramm in Ausführung begriffen. Die Mieten dieser neuen Siedlungen sind sehr gering, so daß der Staat dabei nicht einmal auf seine Kosten kommt. Trotzdem ist die Wohnungsnot noch sehr groß, und in allen alten Gebäuden sind die Mieten sehr hoch. Das Unglück Spaniens besteht darin, daß Franco keine freundschaftlichen Beziehungen zum Ausland anknüpfen kann. Trotzdem hält das ganze Volk an ihm fest, und zwar einmal, weil es in ihm den Friedensbringer sieht, und zum andern eben aus Reaktion gegen die fremden Nationen. Franco ist Spanien. In ihm fühlt sich ganz Spanien abgelehnt. Diese Verbindung erscheint als *circulus vitiosus*. Je mehr die Welt Franco ablehnt, desto heftiger lehnen die Spanier die Welt ab.

Konkrete Eindrücke

Auf diesem Hintergrund gewinnt der Bericht, den der englische Arbeitersekretär Bernhard Sullivan, der seit 40 Jahren sowohl in der allgemeinen wie in der katholischen Gewerkschaftsbewegung eine bedeutende Rolle spielt, im „Catholic Herald“ veröffentlicht hat, das ihm zustehende Gewicht. Sullivan berichtet folgende Tatsachen:

In Madrid besichtigte ich eine große Biskuitfabrik. Auf den ersten Blick zeigte sich mir ein großer Rohstoffmangel, der die Vollbeschäftigung hindert. Die Arbeiter

sind mit den Unternehmern gemeinsam in Syndikaten organisiert, die nach dem Industrieprinzip aufgebaut und durch eine gemeinsame Spitzenvertretung zusammengehalten werden. Untere Grundlage sind die Syndikate des Betriebes. Sind sie frei vom Faschismus? Es spricht für sie, daß sie gerade von den Arbeitern anerkannt werden, während die Unternehmer zurückhaltender urteilen. Allerdings erklärte auch ein Unternehmer: Vor Franco war andauernd Streit und Hunger, jetzt haben wir Frieden und Brot. In Burgos zeigte sich am Abend auf den Straßen in großen Mengen ein zufriedenes Volk. Bettler waren weniger zu sehen als in Dublin. Auch sie legten südländischen Humor an den Tag. Dort gab es neue Arbeitersiedlungen zu besichtigen. Sie waren mit Kindergärten, Krippen, Schulen, Kirchen und häufig mit eigenem Badestrand verbunden. Ein Block war für kinderreiche oder arme Familien reserviert. Sie zahlen mit Rücksicht auf ihre Verhältnisse keine Miete. Diese Siedlungen werden von den Syndikaten errichtet, die in der sozialen Tätigkeit mit Staat, Gemeinden und Unternehmern konkurrieren. Die einzelnen Siedlungen haben unterschiedlichen Komfort. Vielfach bestehen sie aus Einzelhäuschen, fast immer sind Garten und Hühnerstall dabei. Fabriken, die besichtigt wurden, hatten durchweg Wohlfahrtseinrichtungen mit gemischter Verwaltung.

In den Syndikaten herrschte trotz der verschiedenen politischen Einstellung der Funktionäre, unter denen sich auch ehemalige Kämpfer der Internationalen Brigade befanden, eine außerordentliche Kollegialität, die darauf zurückzuführen ist, daß das Kampfprinzip der gewöhnlichen Gewerkschaften hier ersetzt ist durch einen sehr weiten Aufgabenbereich auf dem Felde der sozialen Wohlfahrt und die Mitbestimmung in den höheren Industrieorganen und der wirtschaftlichen Spitzenorganisation. Sie hat bewirkt, daß die Interessengegensätze zwischen Chef und Belegschaft wie zwischen den einzelnen Branchen durch Einsicht in die gemeinsamen Interessen stark gemildert sind. Die Teilnahme an einer großen Syndikatstagung in Barcelona machte das augenfällig.

Die Besichtigung eines Stahlwerks zeigte vorbildliche Einrichtungen zur beruflichen Schulung. 2000 Arbeiter von insgesamt 15 000 genossen ihre Vorteile, 850 Lehrlinge wurden gesondert ausgebildet. Dieses Unternehmen zahlt ebenso wie viele andere, die besucht wurden, zu den vereinbarten Syndikatslöhnen zusätzliche Vergütungen, hauptsächlich in Form von Naturalien. In dem vom Bürgerkrieg schwer heimgesuchten Guernica befindet sich ein modernes Arbeitererholungsheim. Der Aufenthalt kostet etwa einen halben Lohn. In Jaca herrschte beim Eintreffen um 2 Uhr nachts noch reges Leben. Die Cafés waren geöffnet, und in großer Anzahl diskutierten die Männer die Probleme der Welt.

In Barcelona waren mit einigen Fabriken Kinderheime und Säuglingsstationen verbunden, in denen die Kinder während der Arbeitszeit der Mütter aufs beste betreut wurden. Die Fabriken waren zum Teil modern, andere hatten uralte Maschinen. In Valencia wurde ein Arbeiterkrankenhaus besucht. In Valencia war es auch, wo die Arbeiter dem englischen Besucher ihren Protest zum Ausdruck brachten, daß man im Ausland davon rede, die spanischen Arbeiter hätten keine Freiheit. Sie beriefen sich auf ihre Mitbestimmung in der Wirtschaft,

die so weit ginge, daß man wohl von den Unternehmern zu hören bekäme, sie hätten zwar das Eigentum, aber nicht die leitende Funktion in ihren Betrieben. Im Süden Spaniens war auch festzustellen, daß die Landwirtschaft dabei ist, sich zu modernisieren. Die Landarbeiter waren auffällig gut gekleidet. Auch in diesen Bezirken herrschte am Abend reges öffentliches Leben in vollen Cafés.

Urteil eines britischen Gewerkschaftsführers

Bemerkenswert sind die abschließenden Feststellungen. Die Lage der Arbeiter ist weniger drückend als in Irland. Luxus tritt verhältnismäßig wenig zur Schau. „Es scheint, daß den Arbeitern in einem Maße Fürsorge zugewandt worden ist, daß sie das Gefühl der Unabhängigkeit und des Vertrauens in die Zukunft haben. Ihre Teilnahme am Bau von Wohnungen und Krankenhäusern und die Wohlfahrtseinrichtungen, die sie mitverwalten, geben ihnen eine Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln, die sie eines Tages instand setzen werden, an einer demokratischen Regierung ihres Landes teilzunehmen.“

Es gibt wenig Anzeichen für eine organisierte politische Gegenströmung gegen die Regierung, wohl aber überall starke Zuneigung zu einer künftigen Monarchie. Die Syndikate üben bereits heute einen Einfluß aus, der geeignet sein kann, auf eine Veränderung der totalitären Regierung zu einer Demokratie hinzuwirken. Viele ausländische Reisende hören nur auf das hin, was von kritischen Bemerkungen über Franco laut wird. Sie vergessen, daß die Spanier von Natur eine andere Art von Nationalismus haben als die Engländer. Sie sind Autonomisten, und darin liegt ihr Vorbehalt gegen ein so zentralistisches Regiment und auch gegen die Wiederkehr einer Monarchie alter Prägung. Ihre Kritik richtet sich also weniger gegen Franco als gegen die Zentrale.

Sullivan hebt hervor, daß er nur berichtet, was er gesehen hat. Da es aber die Arbeiter waren, die ihn einluden, ist nicht anzunehmen, daß sie ihm potemkinsche Dörfer zeigten. Zweifellos ist Spanien noch so weit zurück, daß vor einigen Monaten die ganze Regierung Zeit fand, einen neuen Traktor zu besichtigen. Zweifellos gibt es auch noch andere Arbeiterverhältnisse, als Sullivan sie gesehen hat (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jg., H. 7, S. 302). Wie der Bericht ahnen läßt, ist es hauptsächlich der Kapitalmangel, also die eigene Armut und der ausländische Boykott, die Spaniens Aufstieg verlangsamten. Aber unleugbar zeigt sich in den geschilderten Tatsachen ein doppeltes Positivum: sozialer Wille und Zusammenarbeit.

Die Lage in China

Der endgültige Sieg der Kommunisten in China kann heute als eine vollendete Tatsache angesehen werden. Langsam von Norden und durch die großen Flußtäler vorrückend, haben sie jene Gebiete des riesigen Landes erobert, die die Träger der Kultur und der Geschichte Chinas von jeher gewesen sind und in denen sich auch die Begegnung mit dem Abendland vollzogen hat. Zwar gibt es immer noch große Gebiete im Innern des Landes nach

Westen hin, die abseits vom Krieg und zum Teil in idyllischer Ruhe leben, aber ihre Rolle in den Geschicken des Landes war immer gering.

Die Bedeutung der gegenwärtigen Umwälzung in China abzuschätzen, erscheint fast unmöglich. Das nationale China, das jetzt untergeht, ist von unvorstellbarer Korruption zersetzt gewesen, einem Übel, das von jeher schwer auf dem Lande gelastet hat. Die kommunistische Elite hat sich zwar bis heute eine hohe sittliche Unantastbarkeit bewahrt. Sie ist aber zahlenmäßig viel zu gering, um die Verwaltung des eroberten Landes in der Hand halten zu können, und die Verwaltungen der einzelnen Provinzen, die untergeordneten Stellen, scheinen sogleich wieder in die alte Korruption zurückzufallen. Was sich in den Kämpfen zwischen der kommunistischen und der nationalistischen Armee abgespielt hat, war von der gleichen Art wie all die brutalen Vorgänge, mit denen sich die Erschütterungen vollzogen, die immer wieder seit Jahrtausenden das riesige Gebiet aufgewühlt haben. Eben darum könnte man geneigt sein, die Bedeutung der gegenwärtigen Umwälzung zu unterschätzen. Den neuen Beherrschern Chinas werden sich in gewissem Sinn auch nur wieder die gleichen Probleme stellen, mit denen jeder Beherrscher dieses gewaltigen Reiches zu tun hat und die eben in der Zusammenfassung und wirklichen Kontrolle einer so ungeheuren Weite bestehen. Doch folgt der neue Eroberer einer anderen Idee als alle bisherigen. Der chinesische Kommunismus hat seine Lehrer in Moskau, und Moskau steht hinter der Neugestaltung Chinas.

Der chinesische Kommunismus

In einem Aufsatz „L'Asia e la Cina“ in der italienischen Zeitschrift „Rivista di studi politici internazionali“ (den der Osservatore Romano am 28. September abgedruckt hat) sagt der Verfasser, Botschafter Francesco Maria Taliani, hiermit bezahle das Abendland nun seine Kolonialpolitik, die, um China als Absatzgebiet für die Industrien der Mutterländer offenzuhalten, eine innere Erneuerung und Agrarreform in China verhindert hat. Man hätte ein chinesisches Bürgertum schaffen und dieses zum Träger einer nationalen Wiedergeburt machen müssen. „Dagegen sind die kommunistischen und parakommunistischen Parteien Asiens dadurch, daß sie ihre Programme den ganz besonderen Bedingungen des Kontinents angepaßt haben, bis ins Herz der Massen gedrungen. Sie haben absichtlich den Eindruck erweckt, sie brächten nicht den Kommunismus, sondern eine wirkliche Unabhängigkeit und durchgreifende soziale Reformen.“ In Wahrheit ist aber dieser Kommunismus abhängig von Moskau, und Taliani glaubt nicht, daß eine Befreiung des chinesischen Kommunismus von Moskau bevorsteht, schon allein nicht wegen der geographischen Lage des Landes; denn Rußland steht fest in der Mandchurei, der Mongolei und Korea, den drei Grenzländern im Norden und Nordwesten.

Es besteht, wie Taliani darlegt, eine besondere asiatische Kominform. Sie wurde Ende 1947 in Charbin geschaffen, wo sich Vertreter von China, der Mongolei, Korea, Indien, Burma, den Malaien, Indochina und den Philippinen eingefunden hatten. Man glaubt, daß der Hauptsitz dieser Organisation Bangkok sei. Die Aufgaben dieser asiatischen Kominform sind: innere wirtschaftliche Zersetzung der angeschlossenen Länder; Aufstellung einer Fünften Kolonne; Vorbereitung von Wirtschaftsplänen

und militärischen Entwürfen für die kommunistische Machtergreifung und Synchronisierung der kommunistischen Unternehmungen in allen asiatischen Ländern.

Wir erkennen in diesen Plänen das gleiche Programm, dessen Durchführung wir in Osteuropa mitansehen. Manche glauben, wegen des betonten Nationalismus der kommunistischen Eroberer, daß China in der kommunistischen Welt ein zweites Jugoslawien werden könne. Sicher ist, daß die chinesischen Kommunisten, wie alle Kommunisten, auf den historischen Materialismus eingeschworen sind, der den kommunistischen Block zusammenhält.

Das Christentum in China

Das Verhältnis dieses neuen kommunistischen Regimes zu den chinesischen Christen und der christlichen Mission in China zeigt sich zunächst sehr widerspruchsvoll. Zwei sich überschneidende Strömungen wirken hier zusammen. Die eine ist der fanatische Nationalismus, den die rote Armee bisher zur Schau trägt. Gerade dieser Nationalismus der chinesischen Kommunisten verleitet ja auch dazu, sie mit den Kommunisten Titos zu vergleichen. Für diesen Nationalismus ist das Christentum eine ausländische Religion, und die Missionare sind Fremde, die in China eigentlich nichts zu suchen haben. Mit Hilfe dieses Nationalismus können die kommunistischen Führer den Kampf gegen die Religion beginnen, der im Wesen der materialistischen Weltanschauung — der zweiten hier wirksamen Strömung — liegt, einen Kampf, der sonst in China noch nicht offen geführt zu werden scheint. Die ursprüngliche chinesische Geistesart fordert allerdings zu einem Kampf gegen die Religion auch nicht so sehr heraus, da die alte chinesische Religion des Konfuzianismus viel mehr eine Morallehre und Lebensweisheit als ein auf das Transzendente gerichteter Glaube ist. Im Widerspruch zum Kommunismus stehen wohl vor allem die aus dem Buddhismus herübergenommenen Ideen. Es scheint jedoch, daß sich noch keine Spannungen zwischen den neuen Beherrschern und dieser alten Kultur aufgetan haben. Mit dem Christentum verhält es sich anders. Die Mitteilungen der „Agenzia Fides“ lassen immer wieder erkennen, daß unter der Oberfläche taktischer Toleranz die feindliche Tiefenströmung zunimmt. Wir stützen unseren Bericht insbesondere auf die Mitteilungen vom 15. und 22. Oktober und auf einen Rapport des National Center of the Catholic Student's Mission Crusade in Cincinnati vom 18. August, den der NCWC Nachrichtendienst mitgeteilt hat.

Die Kampfmethoden

In den verschiedenen Provinzen gehen die Kommunisten sehr verschieden vor. Die Nachrichten, die wir darüber haben, sind zudem lückenhaft und zufällig. Nach den Ausschreitungen und Gewalttaten der Eroberungszeit (von denen hier nicht mehr gesprochen werden soll) bildet sich langsam eine neue „Ordnung“ heraus. Offiziell wird Freiheit der Religionsübung proklamiert. Aber im einzelnen werden dann zahllose Hindernisse geschaffen, die die Seelsorge und Lehrtätigkeit der Missionare, die Abhaltung der Gottesdienste, vor allem den Fortbestand der christlichen Schulen und Universitäten lahmlegen. Der einheimische Klerus hat es meist leichter, seinen Aufgaben nachzugehen, als die fremden Missionare. Allerdings wird

den chinesischen Priestern häufig die Bedingung gestellt, sich durch irgend eine „produktive Arbeit“ ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Man hilft sich dann etwa durch Errichtung kleiner Betriebe. In der Stadt Taiyuan wurde von den Priestern z. B. eine kleine Baumwollfabrik eröffnet. Die Bewegungsfreiheit der Priester wird außerordentlich behindert durch die Vorschrift, sich einen Erlaubnisschein zu holen, sobald sie ihren Wohnort verlassen wollen. In manchen Gegenden wird hieraus eine Kette von Schikanen, in anderen wieder wird die Sache leicht gehandhabt. In den meisten Gegenden bleiben die Kirchen offen; sie werden aber von den Behörden häufig „gemietet“, weil diese darin ihre Versammlungen abhalten wollen. Oder sie werden auch für profane Zwecke beschlagnahmt.

Das Unterrichtswesen

Das Gebiet, auf dem die Kirche von den kommunistischen Behörden entscheidend bekämpft wird, ist das Erziehungswesen. Besonders in den von den Missionaren gegründeten und geleiteten Mittel- und Hochschulen sind Kurse in Marxismus und Materialismus obligatorisch, und hier setzen die Kommunisten mit mannigfaltigen Intriguen ein, um den Geist der Schulen im ganzen in ihrem Sinn zu beeinflussen. Die lokalen Erziehungsbüros in den städtischen Verwaltungen setzen ihre Vertreter zwangsweise in die Verwaltung und Lehrkörper der Schulen. Wo Kurse über den Marxismus nicht offiziell in das Schulprogramm aufgenommen werden, organisiert man unter der Hand Studienzirkel unter den Schülern, die sich mit dem Marxismus beschäftigen. Wer an diesen Zirkeln nicht teilnimmt, wird so lange belästigt, bis er sich doch dazu entschließt. Ein Bericht sagt, daß die Universitätsstudenten weniger von dieser Propaganda überschwemmt werden, weil man sie für bereits zu sehr geistig gefestigt ansieht. Von anderer Seite wieder erfährt man, daß es gerade unter den Universitätsstudenten eine beträchtliche Anzahl von Anhängern des Kommunismus gibt. Die katholische Universität von Peking, Fu-Jen, hat die Aufforderung erhalten, Kurse über Marxismus und Materialismus zu halten; die katholische Universität in Tiën-Tsin scheint keine solche Aufforderung erhalten zu haben. An der Universität Yünnan scheint eine ganz besonders heftige Propaganda unter den Universitätsstudenten stattgefunden zu haben, und viele Söhne guter Familien haben Eltern, Freunde und Studien verlassen, um sich zu den Kommunisten in die Berge zu begeben (La France Catholique, 21. Oktober 1949).

„La France Catholique“ berichtet eben aus dieser Provinz Yünnan, daß die katholischen und protestantischen Missionare der dortigen Hauptstadt einen Drohbrief erhalten haben, der wahrscheinlich bezeichnend ist. Er lautet:

„An die Privatdetektive des amerikanischen Imperialismus. Ihr seid die Avantgarde der verfluchten Imperialisten, Ihr seid die Quartiermacher Eurer reaktionären Regierung. Ihr nennt Euch Freunde Chinas, aber tatsächlich seid Ihr die Mörder unserer Revolution. Sich in unsere Politik mischen bedeutet in den Augen der chinesischen Jugend die größte Beleidigung, die man einem Chinesen antun kann, der sich seiner Würde bewußt ist. Doch heute sagen wir Euch im Namen unseres Volkes: Pakt schleunigst Euer Gepäck. Wenn Ihr es nicht ebenso schnell tut, wie wir Euch den Befehl geben, dann komme Euer Blut

über Euer Haupt. Dies ist kein Drohbrief, sondern ein höfliches Ultimatum. Schließlich sagt Euern chinesischen Angestellten, daß wir für sie ein ganz besonderes Mittel bereit haben. Die Sozialistische Patriotische Partei“.

Nordchina

Nur in Nordchina hat die kommunistische Herrschaft schon genügend Zeit gehabt, um eine gewisse Entwicklung durchzumachen. In ihrem Verhalten gegenüber den Christen lassen sich dabei drei Stufen unterscheiden. In einer ersten Periode wird alles in Sicherheit gewiegt; Plakate verkünden die Achtung vor fremdem Eigentum, die Freiheit der Religion usw. Jedoch werden die Christen bald aus der Verwaltung ausgeschlossen mit der Begründung, sie hingen rückständigem Aberglauben an.

In einem zweiten Zeitraum versucht man, die Kirche in sich uneinig zu machen und vom Volk zu trennen. Man wirft ihr die Verbindung mit ausländischem Imperialismus vor und beschuldigt vor allem die ausländischen Missionare. Schließlich beginnt man, die Religion lächerlich zu machen. Ganz besonders richtet sich der Angriff gegen den Zölibat, von dem gesagt wird, er widerspreche der chinesischen Tradition. Eine heftige Propaganda wird besonders unter der Jugend in den Schulen, durch Bücher und Filme organisiert, um die Irrtümer des Christentums bloßzustellen und die hohen Ziele der kommunistischen Weltanschauung in den verlockendsten Farben zu malen. In einer Stadt Nordchinas, in der die Katholiken zahlreich sind, hat man auch bereits zu dem aus den Staaten hinter dem Eisernen Vorhang bekannten Mittel gegriffen, eine falsche katholische Bewegung ins Leben zu rufen, die sich Katholische Fortschrittsbewegung nennt (NCWC-Nachrichtendienst 21. Okt. 1949).

Eine Gewissensforschung

Mit gewissen Varianten ist die Lage der evangelischen Kirchen und der evangelischen Missionare im kommunistischen China übrigens ganz die gleiche. Was für Aussichten hat das Christentum in der einen oder der anderen Form in jenem Land? Es ist eine protestantische Stimme, die auf Grund dieser Frage eine sehr ernste Betrachtung anstellt. Oberkirchenrat Dr. H. Ehlers schreibt in der Zeitschrift „Junge Kirche“: „Und nun wird plötzlich die wahre Lage des Christentums in China offenbar. Dieses ist bei der Allgemeinheit zum Spott geworden, weil es zwar Reinheit predigt, aber die, welche es bei der Öffentlichkeit am sichtbarsten vertraten, unerhört korrupt waren (die Partei des zum Christentum übergetretenen Tschang-Kai-schek). Der Begriff vom wahren Christentum ist bei Christen und Nichtchristen verwirrt, weil ein Missionar politischer Botschafter war (Präsident Truman hat 1946 einen Missionar zum USA-Botschafter in China ernannt). Bei den chinesischen Christen herrscht das Gefühl der Bitterkeit, weil nach ihrer Auffassung Mao-Tse-tung nicht christlich redet, aber christlich handelt (durch Neuverteilung des Bodens usw.), Tschang-Kai-schek christlich redete, aber nicht christlich handelte“. Die junge christliche Kirche in China ist schon „in tiefer Verwirrung darüber, was wirklich christliche Tat oder pseudochristliche Tat ist, was wirklich christliches Wort oder scheinchristliches Wort ist. . . . Muß nicht unsere Berichterstattung auf dem Missionsfeld anders werden als bisher? Muß nicht zuerst gefragt werden, ob und wie sie wirklich Bekennende Kirche sind, und dann erst, wie stark sich ihre Verbreitungsarbeit auswirkt?“ („Evangelische Welt“, 1. Juni 1949.) Genau so steht die Frage für die Katholiken Chinas. Haben sie die Nachfolge Christi gelernt — oder die Zugehörigkeit zu einer großen religiösen Organisation?

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Situationsethik und Sündenmystik

Karl Rahner, der Innsbrucker Dogmatiker, ist gewiß kein Theologe, dem man nachsagen könnte, daß es ihm an Verständnis für die seelischen Schwierigkeiten des modernen Menschen mangelt oder daß er konservative Denkhaltung und katholische Tradition verwechselt. Wir möchten zum Beweise dessen nur die wahrhaft katholische Weite in Erinnerung rufen, mit der er über das Dogma von der allein-seligmachenden Kirche sprach (vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., H. 8, S. 364). Wenn er es für notwendig hält, eine Warnung auszusprechen, und wenn eine Zeitschrift wie die Wiener Revue „Wort und Wahrheit“ (Oktober 1949) dieser Warnung Raum gibt, dann, glauben wir, ist der Punkt erreicht, an dem der katholische Christ, — und besonders der katholische Intellektuelle —, daran erinnert werden muß, daß es für ihn, trotz aller Weite, auf die ihm sein Name ein Recht verleiht, doch Grenzen gibt, die nicht mehr überschritten werden dürfen. Rahner weist auf zwei Gedankengänge hin, deren zunehmender

Einfluß auf die Lebensauffassung der jüngeren Generationen der Katholiken in unserem Lande daran ist, zu einer ernsten Gefahr für die unerschütterliche Geltung der sittlichen Forderungen des Herrn zu werden: die Situationsethik und die Sündenmystik.

„Das müssen Sie mit Ihrem Gewissen abmachen“

Situationsethik, das will sagen, daß der moderne Mensch, gleichviel, ob Katholik oder nicht, davon überzeugt ist, daß seine Lage, sein Gewissensfall ein ganz besonderer sei und daß die allgemeinen Normen auf seinen Fall nicht zutreffen. „Wir leben zweifellos in ‚extremen‘ Zeiten, auch im Gebiete des Sittlichen. Das will sagen: die Verhältnisse und Situationen, in denen der Mensch von heute sein sittliches Leben führen muß, sind so, daß das sittlich richtige Verhalten in einem viel größeren Umfang als zu anderen Zeiten sowohl schwerer zu erkennen als auch schwerer zu tun ist.“ Die Verhältnisse sind so kompliziert geworden, daß nichts mehr normal und die Kollision der